



iran-report

Nr. 08/2006

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Iran und die Nahost-Krise / Differenzen in der Staatsführung treten offen zutage / Forschungszentrum des Parlaments warnt vor Umstürzern und Agenten im Internet / Teheraner Bürgermeister umwirbt Medien / Ungewöhnlich scharfe Attacke gegen Revolutionsführer Chamenei / Iraner rechnen nicht mit Krieg / Hungerstreik der Oppositionellen im In- und Ausland / Interview mit Akbar Gandji / Spionagevorwurf an Djahanbeglu / Kritik an Streitkräften soll bestraft werden

II. Wirtschaft

Weitere vier Milliarden Dollar für den Benzin-Import / Irans Gasexport nach Indien stößt auf Schwierigkeiten

III. Außenpolitik

Ahmadinedschad warnt Israel / Israel mit Hitler verglichen / Prodi bat Iran um Hilfe zur Entspannung der Nahost-Krise / Differenzen zwischen Rice und Lawrow über die Rolle Irans und Syriens bei der Nahost-Krise / Außenministertreffen Iraks und seiner Nachbarstaaten in Teheran / Iran stimmt Militäreinsatz der Türkei im Irak zu / Drahtzieher des Mykonos-Anschlags soll 24 Jahre in Haft bleiben / Inhaftierter deutscher Hochseeangler kommt nicht frei



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 09/2006 Anfang September) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Juli 2006

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

5. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de



I. Innenpolitik

Iran und die Nahost-Krise

Bei der neuen Nahost-Krise - oder man sollte besser von einem Krieg sprechen, der mehr oder weniger einseitig geführt wird - wirft die Rolle Irans zahlreiche Fragen auf. Für Washington und Tel Aviv stand vom ersten Tag an fest, dass Teheran neben Damaskus im Hintergrund als Drahtzieher wirkt und damit für die ausgebrochene Katastrophe die Hauptschuld trägt. Sogleich nach der Geiselnahme zweier israelischer Soldaten durch die libanesisch-Hisbollah lancierte die israelische Regierung, die Soldaten würden in den Iran verschleppt. „Wir haben die Sorge, dass sie aus dem Libanon heraus und in den Iran gebracht werden. Diese Sorgen sind begründet“, sagte der Sprecher des israelischen Außenministeriums, Mark Regew. Als sicher gilt auch, dass Raketen, die aus dem Libanon auf Israel abgefeuert werden, aus dem Iran stammen. Als am 14. Juli eine radargesteuerte Rakete vom Typ C-802 ein israelisches Kriegsschiff traf, hieß es unmittelbar danach aus israelischen Militärkreisen, die Rakete sei ein iranisches Fabrikat.

Je weiter sich die Krise ausbreitet, desto mehr richten sich die Blicke auf Iran. US-Präsident George W. Bush behauptete sogar, Iran sei die größte Bedrohung für die gesamte Region und das größte Hindernis für die Lösung des Nahost-Konflikts. Das Land müsse vollständig isoliert werden. Deuten diese Stellungnahmen darauf hin, dass sowohl Washington als auch Tel Aviv demnächst die längst vorliegenden Pläne zu einem militärischen Angriff auf Iran aus den Schubladen herausholen und die nun günstig scheinende Gelegenheit benutzen werden, um den „Hauptfeind“ Iran außer Gefecht zu setzen? Ganz auszuschließen ist diese Möglichkeit jedenfalls nicht.

Hatte nicht Präsident Bush mehrmals erklärt, im Falle Iran sei die militärische Option nicht vom Tisch und hatte Israel nicht immer wieder betont, sollte keine diplomatische Lösung für den iranischen Atomkonflikt gefunden werden, werde Israel die Angelegenheit auf eigene Faust erledigen?

An Provokationen aus Teheran fehlt es nicht. Irans Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad warnte Israel vor einem

Angriff auf Syrien. Dies würde als Angriff auf die gesamte islamische Welt verstanden werden und eine „fürchterliche Antwort“ zufolge haben. Parlamentspräsident Haddad Adel bezeichnete die gegenwärtige Krise als einen Krieg gegen Israel zur Befreiung des palästinensischen Volkes. „Der Krieg hat erst begonnen, heute ist der Tag des Widerstands, heute ist der Tag der Befreiung Palästinas und es wird keinen sicheren Platz in den besetzten Gebieten vor den Angriffen der Hisbollah geben“, sagte er auf einer Anti-Israel-Kundgebung in Teheran. „Der Tag ist gekommen, an dem die Palästinenser in ihre Heimat, in das Land ihrer Herkunft zurückkehren. Und es ist auch der Tag, an dem die Israelis in die Länder zurückkehren müssen, aus denen sie gekommen sind.“ Schließlich erklärte die iranische Hisbollah, sie sei zu jeder Zeit zu Angriffen auf israelische und US-Ziele in aller Welt bereit. 2000 Freiwillige hätten sich bereits bei der islamischen Miliz eingeschrieben, sagte deren Sprecher Mostafa Bigdeli. „Sie sind ausgebildet und können vollständig bewaffnet werden.“ Er fügte hinzu: „Wir warten nur auf das grüne Licht des Revolutionsführers, um zu handeln. Wenn die USA den Dritten Weltkrieg entfachen wollen, heißen wir das willkommen.“

Halten wir bei dieser gegenseitigen psychologischen Kriegsführung erst einmal die Fakten fest. Es besteht kein Zweifel darüber, dass die libanesisch-Hisbollah 1982 mit iranischer Hilfe gegründet wurde. Einer der Führer der iranischen Revolutionsgarden, Mostafa Chamran, verdankt seinen Ruhm dem Aufbau der Hisbollah-Milizen in Libanon. Ihm standen einige hundert iranische Revolutionswächter zur Seite. Zudem wurden drei bis vier Tausend Hisbollah-Kämpfer im Iran ausgebildet. Auch Waffen und finanzielle Hilfe kamen aus Iran. Experten zufolge hat Iran den libanesischen Milizen bisher 11 500 Raketen und Flugkörper zur Verfügung gestellt, bei denen es sich zu meist um Katjuschas mit einer Reichweite von höchstens 25 Kilometer handelt. Möglicherweise befinden sich unter den Raketen auch die in Iran entwickelten Fadschr-Raketen mit einer Reichweite von 45 bis 75 Kilometern. Doch aus dieser großzügigen Unterstützung kann nicht geschlossen werden, dass die Hisbollah Iran als Oberbefehlshaber akzeptiert und ohne Zustimmung aus Teheran keinen Schritt unter-



nimmt. Von dieser ursprünglichen Abhängigkeit hat sich die Hisbollah trotz einer jährlichen Finanzhilfe von 50 Millionen Dollar längst gelöst. Somit braucht die Geiselnahme israelischer Soldaten nicht unbedingt mit Zustimmung Teherans erfolgt sein. Möglich ist es aber schon. In diesem Fall könnte man über die Motive Teherans spekulieren.

Man könnte annehmen, dass Teheran gerade im Vorfeld des G-8-Gipfels in Sankt Petersburg, auf dem der iranische Atomkonflikt ein Hauptthema war, ein Ablenkungsmanöver starten wollte. Tatsächlich wurde der Gipfel von der neuen Nahost-Krise überschattet, aber schon nach wenigen Tagen rückte Iran mit größeren Vorwürfen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Eine bereits entworfene Resolution, in der Iran Sanktionen angedroht werden, soll in den nächsten Tagen vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet werden.

Möglich ist aber auch die Annahme, dass Iran sich inzwischen stark genug fühlt, um eine Herausforderung des Westens zu riskieren. Tatsächlich ist die Macht Irans in den letzten Jahren erheblich gewachsen. So sehr die Kriege gegen Afghanistan und den Irak der USA und insgesamt dem Westen geschadet haben, so sehr haben sie den Radikalislamisten in Iran genutzt. Die beiden Kriege haben Irans größten Feinden im westlichen und östlichen Nachbarland, Saddam Hussein und die Taliban, zum Sturz gebracht und damit in beiden Ländern die Tore zu größerer Einflussnahme weit geöffnet. In Afghanistan hat Iran inzwischen fest Fuß gefasst und im Irak liegt das Schicksal des Landes durch die Machtübernahme der Schiiten nicht zuletzt in iranischer Hand. Zudem haben die katastrophale Lage in Afghanistan und die noch weit schlimmere Entwicklung im Irak sowie die konfrontative Politik der USA und insgesamt des Westens im Atomkonflikt den Radikalislamisten zur Rückeroberung der Macht verholfen. Damit nicht genug: die harten Reaktionen des Westens auf die Attacken Ahmadinedschads haben zur Stabilisierung seines Regimes geführt und in der gesamten islamischen Welt einen Helden aus ihm gemacht. Heute betrachten nicht nur die Hisbollah, die Hamas, die Schiiten im Irak und in der gesamten Region, sondern auch Abermillionen in anderen islamischen Staaten Iran als ihre einzige Schutzmacht. Die dilettantische Politik der EU-Staaten und die Feind-

seligkeiten der Bush-Regierung haben den Herrschern im Iran auch die Gelegenheit gegeben, die Veto-Mächte gegen einander auszuspielen und ihre Politik, weg vom Westen, hin zum Osten, erfolgreich durchzuführen.

Aus der Sicht der Fundamentalisten, die sich bereits heute als Herrscher einer regionalen Großmacht fühlen, muten die Drohungen aus dem Westen wie das Gebrüll eines zahnlosen Tigers an. Sie wissen, dass die Veto-Mächte keine Einigung erzielen werden, zumindest nicht über Sanktionen oder gar militärische Maßnahmen gegen Iran. Sie wissen, dass es die USA nach dem Desaster im Irak nicht wagen werden, einen neuen Kriegsschauplatz zu eröffnen, zumindest nicht ohne die Unterstützung Europas. Sie wissen auch, dass die Europäer, wenn sie dem harten Kurs Washingtons folgen würden, durch den enormen Anstieg der Öl- und Gaspreise, den Verlust lukrativer Märkte sowie die Gefährdung ihrer Sicherheit den größten Schaden davon tragen würden. Sie, die Radikalislamisten vom Schlage Ahmadinedschads, fürchten aber weder Sanktionen noch einen Krieg. Erstens werden sie sich auf ihre Art zur Wehr setzen können, und zweitens wird ihnen der Krieg die willkommenen Gelegenheit geben, ihre Märtyreriologie, die in Friedenszeiten zu verwelken droht, wieder aufleben zu lassen und ihre Basis im Volk zu erweitern.

Die Politiker in Europa und den USA und mit ihnen die in Israel haben offenbar nie verstanden, dass sie mit Gewalt nichts mehr ausrichten können. Im Gegenteil, mit jeder Bombe, die sie auf Palästina oder den Libanon und möglicherweise auf Syrien oder Iran abwerfen, erwecken sie noch mehr Hass und Rachegefühle und erweitern damit die Basis der Radikalislamisten und Terroristen. Israel wird es vielleicht gelingen, die Waffenlager der Hisbollah und Hamas in die Luft zu sprengen und Beirut und andere Städte und Dörfer in Schutt und Asche zu legen, den geballten Hass von Millionen wird es nicht vernichten können. Dieser Hass und die erweckten Rachegefühle stellen aber eine weitaus größere Gefahr für die Sicherheit Israels dar als die Waffenlager der Hisbollah. Israel und der Westen können die Existenz des Staates Israel nur damit verteidigen, dass sie endlich aufhören, mit zweierlei Maß zu messen, dass sie endlich Araber und Muslime als gleichberechtigte Individuen und Völker betrach-



ten. Anders wird nie Frieden in die Region einkehren.

Differenzen in der Staatsführung treten offen zutage

Es ist, wenn man von indirekten Bemerkungen Chatamis absieht, das erste Mal, dass einer aus dem engsten Kreis der iranischen Staatsführung den Machtkampf, der schon seit langem im islamischen Lager tobt, nach außen trägt. Kein Geringerer als Hassan Rohani, der bis vor einem Jahr als Chefunterhändler für Atomfragen zuständig war und auch heute als Mitglied des Schlichtungsrats zu den einflussreichsten Männern des Gottesstaates zählt, gestand unverblümt: „Die Differenzen sind weit tiefer, als die Öffentlichkeit es erahnen könnte.“

In der neuesten Ausgabe des Organs des Schlichtungsrats, dessen Herausgeber Rohani ist, kritisiert er die „Ideologisierung der Außenpolitik“ und fragt: „Wie lange noch soll unsere Wirtschaft für die Ideologisierung der Politik und Sicherheit die Zeche zahlen? Ist nicht endlich die Zeit gekommen, dieser Ideologisierung, für die wir so viel Lehrgeld zahlen müssen, ein Ende zu setzen?“

Rohani verweist auf die Atomverhandlungen, die er bis vor einem Jahr geführt habe und berichtet, die Europäer hätten sich damals bereit erklärt, Iran die moderne Atomtechnologie und Atomreaktoren, die in Europa gebaut wurden, zur Verfügung zu stellen. „Doch all dies zählte für viele zu jenen Themen, die im Bereich des Verbotenen liegen“, fährt Rohani fort. „Sie wurden wütend und sagten, ‚was nutzen uns diese Dinge‘. Kann man wirklich behaupten, dass die Sicherung von Investitionen, Intensivierung von Wirtschaftsbeziehungen, und Erhalt moderner Atomtechnologie nutzlos sind?“

„Sie warfen uns vor, den atomaren Brennstoff ausgesetzt zu haben, um alle diese Vorteile zu bekommen und meinten, diese Angebote der Europäer seien völlig nutzlos. Sie stachelten die Massen auf und vermittelten ihnen den Eindruck, als ob wir die Absicht hätten, auf die Urananreicherung zu verzichten. Dabei war bei den Verhandlungen völlig klar: die Europäer verlangten als Gegenleistung eine zeitlich begrenzte Aussetzung der Urananreicherung, keine dauerhafte.“

Die Differenzen seien darauf zurückzuführen, dass einige immer noch der Ideologie den Vorrang geben würden. Genau hier liegen die grundsätzlichen Differenzen, die „weit tiefer sind, als die Öffentlichkeit es erahnen könnte“, schreibt Rohani. Das eigentliche Problem liege darin, dass man sich endlich zwischen der islamischen Revolution und dem islamischen Staat entscheiden müsse. „Wenn wir uns für die islamische Revolution entscheiden, bürden wir uns eine schwere Mission auf“, führt Rohani aus. „Das heißt, wir haben die Mission, unsere Revolution in die gesamte Region und in die islamische Welt zu exportieren und unsere gesamte Kraft und unser Reichtum in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen. Dann würde mit jedem Erfolg unsere Kraft wachsen und unser Reichtum sich vermehren. Aber wenn wir uns für die islamische Republik entscheiden, muss der Aufbau dieses Staates den Vorrang haben. Das bedeutet, dass wir einen anderen Weg gehen müssten. Dieser Weg führt zur Stabilisierung unseres Staates und zur Sicherung unserer Macht und unseres Reichtums. (...) Das Ziel unserer Revolution war doch die Gründung und der Aufbau des islamischen Staates. Jetzt dürfen wir nicht zum Ursprung der Revolution zurückgehen. Das sind genau die Wurzeln unserer Differenzen.“

Deutlicher lässt sich der Machtkampf zwischen den Fraktionen kaum beschreiben. Während die moderaten Konservativen den Pragmatismus predigen und versuchen wollen, durch Kompromisse die Konflikte zu lösen und das Erreichte zu stabilisieren und weiterzuentwickeln, sehen die Radikalismlisten die Ideale der Revolution verloren. Ihr Ziel ist die Rückkehr zu den Ursprüngen der Revolution und ein lupenreiner islamischer Staat. Der Ausgang des Kampfes um diese beiden Zielsetzungen ist sicherlich für die Zukunft Irans nicht unerheblich.

Parlaments-Forschungszentrum warnt vor Umstürzern und Agenten im Internet

Das Forschungszentrum im islamischen Parlament legte den Abgeordneten unter dem Titel: „Missbrauch durch Internetbotschaften“ ein Paper vor, in dem es das Internet als eine Gefahr für die nationale Sicherheit und allgemeine und individuelle Moral darstellt. Nach Meinung der Verfasser handelt es bei manchen Internetbetreibern um gefähr-



liche Staatsfeinde, denen das Handwerk gelegt werden müsse. Deren Ziel sei es, durch „Agententätigkeit, öffentliche Aufruhr und Unterstützung terroristischer Aktivitäten den Sturz des islamischen Staates herbeizuführen.“

In dem Paper werden die einzelnen Vorwürfe ausführlich begründet. Die Agententätigkeit erfolge durch „verschlüsselte Internetbotschaften“. Diese Botschaften würden durch Bilder, Musik und Texte übermittelt, oft auch durch kurze E-Mails. Nicht selten würden für diesen Zweck pornographische Bilder verwendet.

Verschlüsselte E-Mails, Musik-Texte oder auch harmlose Fotos würden benutzt, um Umsturzaktivitäten zu koordinieren. Es sei sehr schwer, die geheimen Botschaften und Codeworte zu entschlüsseln, schreiben die Autoren.

Um öffentlichen Aufruhr zu stiften, würden Internetbetreiber falsche Nachrichten lancieren. Oft werde versucht, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf Themen zu lenken, die den Interessen des Staates zuwiderlaufen und die Sicherheits- und Ordnungskräfte dazu zwingen, sich mit solchen Themen zu beschäftigen. Bestimmte politische Witze könnten in der Bevölkerung Unruhe stiften.

Auch der Terrorismus mache sich das Internet zunutze, vor allem die Volksmodjahedin, Al Qaida und Israel verwenden das Internet, um dem islamischen Staat Schaden zuzufügen. Es sei interessant, dass Al Qaida für jede neue Botschaft eine neue E-Mail-Adresse verwende.

Das Internet zerstöre die Moral und verbreite das Verderben. Dies könne politische Folgen haben und die nationale Sicherheit in Gefahr bringen. Pornographie, Geschäfte mit Sex und Sex-Tourismus gehören zu diesem Bereich.

Die Furcht, die die Parlamentarier in ihrem Paper äußern, ist nicht ganz unbegründet. Die Zahl der Internet-Nutzer ist in den letzten Jahren enorm angestiegen. Gegenwärtig gehen nach Schätzungen von Experten etwa sechs bis acht Millionen Menschen täglich ins Internet. Das ist immerhin ein Zehntel der Gesamtbevölkerung. Je größer die Zahl der Internetnutzer, desto häufiger wird die staatliche Zensur. Dem iranischen Volk können wich-

tige Informationen nicht mehr vorenthalten werden. Ausländische Fernseh- und Rundfunksender, die in persischer Sprache senden und eben auch das Internet schaffen Interessierten Zugang zu allen Informationen, die in eigenen Medien zensiert werden. Zwar versucht das Regime durch Drohungen, Inhaftierung und Bestrafung der Internetbetreiber, Journalisten und Weblogger, auch durch rigorose Filterungen von Internetzeitungen und Homepages der drohenden Entwicklung Einhalt zu gebieten. Aber gegen diese Entwicklung ist kein Kraut gewachsen.

Das Forschungszentrum des Parlaments legt zum „Kampf gegen Internet-Feinde“ einige Vorschläge vor. Das Parlament solle neue Gesetze zu einer effektiveren Kontrolle des Internets verabschieden und damit ein hartes Vorgehen gegen die virtuellen Feinde ermöglichen. Die Androhung von Strafen und ihre Anwendung werde viele Sünder abschrecken, meinen die Autoren. Konkret schlagen die Verfasser des Papers vor, eine Internet-Polizei zu bilden. Diese müsse gut ausgebildet sein und über geeignete Geräte, Soft- und Hardware verfügen, um die Sünder rasch herausfinden und verfolgen zu können. Die Polizei müsste nach Ansicht der Autoren über ein Labor verfügen, in dem Texte, Bilder und Töne genau analysiert und die Botschaften genau entschlüsselt werden können.

Teheraner Bürgermeister umwirbt Medien

Iran ist ein Land voller Widersprüche. Wer sich einen Überblick über dieses Land verschaffen und diese Widersprüche begreifen will, muss die Machtkonstellationen, die Rivalitäten und oft brutalen Machtkämpfe zwischen den politischen und wirtschaftlichen Kräften und Fraktionen kennen. Ohne diese Kenntnis ist zum Beispiel nicht zu verstehen, wie es möglich ist, dass, wie aus dem obigen Bericht hervorgeht, einerseits das Parlament und die Regierung alles versuchen, um der Presse neue Einschränkungen aufzuerlegen und die Zensur zu verschärfen und andererseits der Teheraner Bürgermeister konkrete Schritte in die Gegenrichtung unternimmt und, wie der folgende Bericht zeigt, um die Gunst der Presse buhlt.

Wie die Tageszeitung Schargh in ihrer Ausgabe vom 23. Juli berichtet, hat der Teheraner Bürgermeister Mohammad



Bagher Ghalibaf in einem offiziellen Schreiben seinen für juristische Fragen zuständigen Stellvertreter angewiesen, sämtliche Strafanzeigen und Beschwerden seiner Behörde gegen die Presse und Internetbetreiber zurückzuziehen. Diese für politische Beobachter überraschende Anweisung begründete der Bürgermeister mit der Funktion der Presse, zu deren Aufgabe die Kontrolle staatlicher Instanzen gehöre. Um diese Funktion ausüben zu können, müsse die Presse frei sein, sagte er. Die Presse sei in der Lage, staatliche Instanzen auf Fehler aufmerksam zu machen und sie dazu zu veranlassen, diese zu korrigieren, Entscheidungen zu revidieren und Reformen durchzuführen. Der Bürgermeister sprach von der „Notwendigkeit der Kritik“. Kritik könne nur geleistet werden, wenn Journalisten ohne Repressalien befürchten zu müssen, ihre Meinung frei äußern können.

Die Furcht, die Kritik könnte eine zerstörerische Wirkung haben, lehnte Ghalibaf ab. „Ich bin sicher, dass die Medien hehre Absichten haben und gerecht handeln werden“, sagte er. Eine ungerechte Kritik werde letztendlich keine Abnehmer finden.

Es ist kein Geheimnis, dass das Teheraner Bürgermeisteramt, das eine Stadt mit mehr als zehn Millionen Einwohnern zu verwalten hat, häufig der Kritik ausgesetzt ist. Doch statt sich dieser Kritik zu stellen und die Fehler zu korrigieren, wurden, wie im Iran üblich, die Kritiker verfolgt und bestraft. Ein Mitarbeiter des Bürgermeisters sagte, mit der neuen Anweisung werde das Verbot von mindestens 53 Zeitungen und Internetdiensten aufgehoben und die Verfolgungen von einer noch größeren Zahl von Zeitungen eingestellt werden. Die Verbote und Strafanzeigen stammen zum Teil noch aus der Zeit, in der Ahmadinedschad Teheraner Bürgermeister war.

Ghalibaf hatte seit seiner Amtsübernahme versucht, das Verhältnis seines Amtes zu den Medien zu bessern. Der erste Schritt dazu war die Einladung von Medienvertretern zu einem Meinungsaustausch, der inzwischen zu einer festen Einrichtung geworden ist. Jeden Monat treffen sich Journalisten zu einer offenen Aussprache mit dem Bürgermeister. Die Presse sei für ihn ein Gradmesser für seine Arbeit, sagte Ghalibaf. Der Sinneswandel ist erstaunlich. Ghalibaf war bis zu den Präsidentschaftswahlen von 2005 Poli-

zeichef von Teheran. Er legte sein Amt nieder, um sich für das Amt des Staatspräsidenten zu bewerben. Doch schon bei der ersten Runde der Wahl schied er aus und trat wenige Monate später die Nachfolge Ahmadinedschads an. Das Verhältnis der beiden Politiker ist von einem nicht mehr zu verborgenden Konkurrenzkampf schwer belastet. Politische Beobachter äußern die Vermutung, dass Ghalibaf seine Ambitionen auf das Amt des Staatspräsidenten noch längst nicht aufgegeben hat und sich nun in Rivalität zu Ahmadinedschad als liberaler Politiker, als Freund der freien Presse präsentieren möchte.

Ungewöhnlich scharfe Attacken gegen Revolutionsführer Chamenei

Isa Saharchis, ehemaliger Staatssekretär im Kultusministerium, übte ungewöhnlich scharfe Kritik an Revolutionsführer Ali Chamenei. Vor Studenten, die dem Aufruf des Journalisten Akbar Gandji zu einem dreitägigen Hungerstreik gefolgt waren, sagte er, die neue, unerträgliche Lage des Landes sei „nichts anderes als die Folge einer zunehmenden Machtkonzentration in der Hand des Revolutionsführers, dem eine aggressive Bande direkt untersteht“. Diese Bande, bestehend aus „Geheimdienstlern und Militärs“, sei versammelt in einer „Garnison-Partei“ unter der Führung Ayatollah Chameneis. (Die Organisation der Radikalslawisten Abadgaran wird im Volksmund als „Garnison-Partei“ bezeichnet, weil sie sich vorwiegend aus Militärs und Geheimdienstlern zusammensetzt.) Sie habe die gesamte Staatsführung okkupiert und sei nun bestrebt, auch noch die Expertenversammlung, die als einzige noch übrig gebliebene Instanz in der Lage wäre, strukturelle Veränderungen in der Staatsführung herbeizuführen, zu monopolisieren.

Die Justiz, das Parlament und die Regierung seien nichts anderes als „Befehlsempfänger“, als „Marionetten, deren Hände und Füße durch unsichtbare Fäden bewegt werden, um gefügig die Pläne jener Mächte auszuführen, die hinter den Kulissen sitzen“, sagte Saharchis. Den kürzlich erteilten Befehl des Revolutionsführers zur Privatisierung der staatlichen Unternehmen bezeichnete Saharchis als einen Plan, das Staatsvermögen auf die Militärs und Geheimdienste zu übertragen. Neben dem „Raub der Öleinnahmen“ sollen nun



die staatlichen Industrieunternehmen für billiges Geld oder gratis zugunsten der Militärs und Geheimdienste verschleudert werden. Dies werde die iranische Privatwirtschaft zugrunde richten.

Tatsächlich wurden, wie wir in den letzten Ausgaben des Iran-Reports berichtet haben, bereits seit der Monopolisierung der Macht durch die „Garnison-Partei“ staatliche Konzessionen in Milliardenhöhe ohne Ausschreibung an die Revolutionswächter vergeben. Offenbar soll der vor einem Jahr gestartete politische Eroberungsfeldzug in der Wirtschaft fortgesetzt werden.

Iraner rechnen nicht mit Krieg

Laut einer Umfrage von Digest/Zogby International rechnen die meisten Iraner trotz der gespannten Beziehungen zu den USA in den nächsten zehn Jahren nicht mit einem Krieg zwischen den beiden Ländern. Die Umfrage wurde vom Ausland aus telefonisch unter 810 Iranern durchgeführt.

Fast zwei Drittel der Befragten erwarteten in den nächsten zehn Jahren keine militärischen Konfrontationen mit den USA. 41 Prozent vertraten die Ansicht, dass es wichtiger sei, die nationale Wirtschaft effektiver zu machen, als die atomaren Fähigkeiten des Landes auszubauen. Nur 27 Prozent meinten, dass der Besitz von Atomwaffen höchste Priorität haben sollte.

56 Prozent der Befragten vertraten die Auffassung, dass der Iran eine führende diplomatische und militärische Rolle im Nahen Osten spielen sollte. Der Aussage, der Staat Israel sei illegitim und sollte nicht existieren, stimmten 67 Prozent zu. Nur neun Prozent lehnten diese Position ab.

Ob eine telefonisch aus den USA geführte Umfrage tatsächlich repräsentativ ist, kann bezweifelt werden.

Hungerstreik der Oppositionellen im In- und Ausland

Der dreitägige Hungerstreik, zu dem der zurzeit populärste iranische Journalist Akbar Gandji aufgerufen hatte, ging am 17. Juli zu Ende. Gandji gehört zu den schärfsten und mutigsten Kritikern des islamischen Gottesstaates. Bekannt wurde er vor allem durch

seine Artikel und Bücher, in denen er die Hintergründe der zahlreichen staatlichen Mordattentate der neunziger Jahre aufdeckte. Diese Aufklärungsarbeit und seine Äußerungen über den islamischen Staat, dem er Despotismus und eklatante Missachtung der Menschenrechte vorwarf, brachten ihn für sechs Jahre ins Gefängnis. Dort wurde er schwer gefoltert und musste die meiste Zeit in Einzelhaft verbringen. Dort schrieb er auch sein „Manifest“, in dem er den Gottesstaat analysierte und zu dem Schluss gelangte, dass ein religiöser oder ein mit sonstigen Ideologien behafteter Staat niemals demokratisch sein könne.

Der Versuch der Machthaber, ihn zum Widerruf zu zwingen, scheiterte an seinem unbeugsamen Widerstand. Er wehrte sich durch einen Hungerstreik, der siebzig Tage lange andauerte und ihn bis an den Rand des Todes brachte. Seitdem gilt Gandji als Symbol des Widerstands. Im März diesen Jahres wurde er nach Ablauf seiner Haftstrafe aus dem Gefängnis entlassen. Etliche internationale Preise, auch die Vergabe der Ehrenbürgerschaft der Stadt Florenz haben ihn zu einer Reise ins Ausland veranlasst. Hier forderte er das Regime in Teheran auf, innerhalb von zehn Tagen drei namentlich genannten politische Häftlinge freizulassen, andernfalls werde er zu einem weltweiten Hungerstreik aufrufen. Bei den drei Gefangenen handelt es sich um den Vorsitzenden der Busfahrer-Gewerkschaft, Ossanlu, den Studentenführer Moussavi Choini und den Intellektuellen Djahanbeglu. Die Auswahl war, wie Gandji erläuterte, symbolisch und sollte verschiedene Gesellschaftsgruppen repräsentieren.

Das Regime zeigte keine Reaktion, untersagte auch den Medien, über Gandjis Aktivitäten zu berichten. Dem Aufruf zum Hungerstreik sind zahlreiche Gruppen und Personen im Ausland, aber auch einige Gruppen im Iran gefolgt. Es ist nach Jahrzehnten das erste Mal, dass iranische Oppositionelle gemeinsam an einer Protestaktion teilnehmen. Die Aktion wurde auch von zahlreichen nicht-iranischen Gruppen und Organisationen unterstützt.

Gandjis Ziel ist nach eigenen Angaben, den Widerstand gegen den Gottesstaat zu organisieren. Wie weit es ihm gelingen wird, zumindest die wichtigsten politischen Strömungen zu einen, wird sich in naher Zukunft herausstellen.



In seinem „Appell an die Teilnehmer am Hungerstreik“, den er zum Abschluss des dreitägigen Streiks veröffentlichte, schrieb Gandji: „Alle fragen sich, wie es nun weitergehen soll“. Hinter dieser Frage stecke der unbedingte Wunsch, weiterzumachen und zwar auf der gemeinsamen Basis, die nun erreicht worden sei. „Die Wahrung dieser Gemeinsamkeit ist nach meiner Auffassung unsere erste Pflicht. Wir müssen unser Verbindungsnetz ausbauen und versuchen, immer mehr Gruppen und Einzelpersonen für unsere Ziele zu gewinnen.“

Interview mit Akbar Gandji

Das folgende Interview mit dem kritischen Journalisten Akbar Gandji wurde am 1. Juli geführt. Es erschien zunächst in einer Kurzfassung in der Tageszeitung (taz). Hier der volle Wortlaut.

- Herr Gandji, im April 2000 nahmen Sie auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung an der Iran-Konferenz in Berlin teil. Nach Ihrer Rückkehr wurden Sie verhaftet und wegen „Propaganda gegen den islamischen Staat“ und „Beleidigung islamischer Heiligtümer“ zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Bereuen Sie Ihre damalige Teilnahme? Hätte Ihrer Meinung nach die Konferenz, an der neben Ihnen sechzehn weitere Iranerinnen und Iraner aus dem islamischen und säkularen Lager teilnahmen, besser nicht stattgefunden?

- Meine Verhaftung hatte im Grunde mit meiner Teilnahme an der Konferenz nichts zu tun. Hätte die Konferenz nicht stattgefunden, hätte die Justiz einen anderen Vorwand gefunden. Es ging vielmehr um meine kritischen Schriften, um meinen Einsatz für Demokratie und Menschenrechte und nicht zuletzt um meine Recherchen, mit denen ich den Nachweis erbracht hatte, dass die Mordanschläge gegen Dissidenten von der Staatsführung geplant und in Auftrag gegeben worden waren. Ich sollte endlich zum Schweigen gebracht werden.

- Sie haben sechs Jahre in Haft verbracht, zu einem großen Teil in Einzelhaft. Was hat Sie am meisten gequält?

- Das kann ich nicht genau sagen. In der Einzelhaft hatte ich nur mich und

meine Gedanken, es gab keine Bücher, kein Radio, kein Fernsehen, niemanden, mit dem ich hätte reden können. Ich war völlig isoliert in einem engen Raum untergebracht. Die einzige Möglichkeit, die dicken Mauern des Gefängnisses zu verlassen, war, mich dem Flug meiner Gedanken hinzugeben und die drehten sich natürlich um die Probleme meines Landes, um meine Familie, meine Freunde. Mich beschäftigte zum Beispiel die Frage, warum unser Land immer von Diktaturen beherrscht wurde. Schauen Sie, wir Intellektuelle haben immer das Volk glorifiziert und die Schuld den herrschenden Systemen gegeben. Doch ich denke, jedes politische System passt in gewisser Weise zu dem Volk, das es regiert, etwa wie ein Kleidungsstück, das zu einer Person passt. Folglich müssen auch Diktaturen, die uns beherrscht haben, in Zusammenhang mit unserer Kultur und unserer Geschichte gesehen werden. Wenn wir also Demokratie wollen, müssen wir uns nicht nur mit dem Staat, sondern auch mit dem Volk auseinander setzen. Ich habe während der Zeit im Gefängnis zutiefst begriffen, welche Bedeutung Menschenrechte und Demokratie haben.

- Für diese Rechte haben Sie sogar Ihr Leben riskiert. Ihr Hungerstreik von siebzig Tagen hätte Sie das Leben kosten können, wohl wissend, dass Ihr Protest keine grundsätzliche Änderung der politischen Verhältnisse bringen konnte. Wollten Sie als Held gefeiert werden, oder war das ein Hang zum Märtyrertum, der in unserer Kultur eine wichtige Rolle spielt?

- Nein, ich bin ein Mensch wie jeder andere, mit Schwächen und manchen Fähigkeiten. Ich wollte kein Held werden, auch keine Rache üben. Denn ich war schon immer der Meinung, dass wir lernen müssen, zu verzeihen, aber nicht zu vergessen. Ich versuche, nach diesem Grundsatz zu leben. Natürlich hatte ich viel Wut im Bauch. Ich war mir aber darüber klar, dass wir durch Rache und Hass keine Demokratie aufbauen können. Unsere Revolution gegen die Schah-Diktatur konnte nicht zuletzt deswegen nicht in Freiheit und Demokratie münden, weil da Rache, Hass und Gewalt vorherrschten. Wenn ich ständig an die Folterungen und Brutalitäten im Gefängnis denke und mich in meinen Gefühlen darüber verlieren würde, wäre ich niemals im Stande, Wege zu finden, die zur Demokratie und Freiheit führen.



- Soweit ich es aus Ihren Schriften und Äußerungen entnehmen konnte, haben Sie eine sehr differenzierte Auffassung von Demokratie und Menschenrechten. In Ihrem Denken spielt das Individuum eine zentrale Rolle. Wie lässt sich diese Auffassung mit der Bereitschaft zur Selbstvernichtung durch Hungerstreik vereinbaren? Ist es nicht doch die Märtyreriologie, die Sie dazu getrieben hat?

- Nein, ich habe doch nicht an die Gefängnistür geklopft und um Einlass gebeten. Es waren meine Überzeugungen und Ideen, meine kritischen Äußerungen, die zu meiner Einkerkelung führten. Dort war ich den Folterern total ausgeliefert, sie konnten mit mir anstellen, was sie wollten. Sie wollten meine Persönlichkeit brechen, mich dazu zwingen, öffentlich im Fernsehen meine Ansichten zu widerrufen, Reuebekenntnisse abzulegen. Das war mit meiner Menschenwürde nicht vereinbar. Ich musste diese Würde verteidigen. Ich wollte kein Held werden, sondern nur meine Würde, die man mir rauben wollte, bewahren. Zudem möchte ich hinzufügen, dass in unserem Land die Repression so massiv ist, dass jeder, der Widerstand leistet, der ins Gefängnis kommt und seine Überzeugungen nicht aufgibt, als Held verehrt wird.

- Sie gehörten zu Beginn der Revolution zu den treuesten Anhängern des islamischen Gottesstaates. Heute, nach 27 Jahren zählen Sie zu den radikalen Verfechtern eines säkularen Staates, eine bewundernswerte Entwicklung in einer relativ kurzen Zeit. Eine ähnliche Entwicklung haben viele Intellektuelle, ja sogar Geistliche im Iran durchgemacht. Welche Erklärung haben Sie dafür?

- Was mich anbetrifft, gibt es dafür sowohl persönliche als auch gesellschaftlich-politische Gründe. Ich habe keine Ideologie.

- Das trifft aber nicht für die ersten Jahre der Revolution zu.

- Ich habe nie an etwas geglaubt, was Marx „falsches Bewusstsein“ nennt, etwas, was sich vor der Außenwelt verschließt und nicht bereit ist, sich durch die Realität korrigieren zu lassen. Aber ich habe ideologisch gehandelt. Genauso wie dogmatische Marxisten meinten wir Muslime, die Wahrheit gepachtet zu haben. Wir dachten, nach der Revolution unser Land in ein Para-

dies verwandeln zu können. Das wollen alle Revolutionäre. Doch nach dem Sieg der Revolution entsteht kein Paradies, sondern die Hölle. Wer diese Diskrepanz zwischen den Erwartungen und der Realität sieht, kann sie, wenn er ehrlich ist, nicht aushalten. Gewöhnlich verurteilt man zunächst sich selbst, denn die Revolution an sich bleibt heilig. In einem zweiten Schritt wirft man der Führung vor, die Ideale der Revolution verraten zu haben. Erst im dritten Schritt wird die Revolution selbst in Frage gestellt, und man gelangt schließlich zu der Erkenntnis, dass eine Revolution nicht zur Demokratie führen kann. Denn die Revolution ist immer ein Akt der Gewalt, Gewalt gegen jene, die als Konterrevolutionäre bezeichnet und liquidiert werden. Diese Zweiteilung der Gesellschaft kann nie zu Frieden, Freiheit und Demokratie führen. Die Folge ist eine neue Despotie. Diese Einsicht führt schließlich dazu, dass man am Ende die Ideologie, die hinter der Revolution steht, unter die Lupe nimmt. Das sind genau die Etappen, die ich und viele andere zurückgelegt haben. Wir haben die Erkenntnis gewonnen, dass sich die heiligen Grundsätze unseres Glaubens unterschiedlich interpretieren lassen. Man kann aus ihnen faschistoide Schlüsse ziehen, wie es die Terroristen, die Taliban oder Al Qaida tun, man kann sie aber auch demokratisch, human auslegen. Wir haben also festgestellt, dass jene Lesart der Glaubenssätze, die die Basis für die herrschende Ideologie in unserem Staat liefern, zu Gewalt und Unterdrückung führen. Diese Lesart lehnen wir ab. Ich persönlich bin gegen jede Art von Ideologie.

- Sie sind also gegen die Revolution und treten für Reformen ein. Auch Chatami und seine Regierung haben acht Jahre lang versucht, den islamischen Gottesstaat zu reformieren und sind dabei gescheitert. Glauben Sie immer noch, dass man durch Reformen die Islamische Republik in eine Demokratie verwandeln kann?

- Die Reformer sind gescheitert, weil sie erstens kein klares Konzept hatten und zweitens nicht ausreichend Widerstand geleistet haben. Sie haben immer den Rechten und Konservativen nachgegeben und versucht, mit ihnen Kompromisse zu schließen.



- **Chatami hatte eine Zivilgesellschaft verkündet.**

- Er wollte dem Gottesstaat ein humaneres Gesicht verleihen, er wollte, wie er sich ausdrückte, eine religiöse Demokratie. Das ist ein Widerspruch in sich. Eine Demokratie kann nur säkular sein. Unser Ziel ist ein moderner Staat, eine Republik frei von jeglicher Ideologie. Wir sind für die Trennung von Religion und Staat. Um dahin zu gelangen, muss man einen zähen Kampf führen, muss Mut aufbringen und bereit sein dafür einen hohen Preis zu zahlen.

- **Wie wollen Sie dieses Ziel, diese Umwälzung des politischen Systems erreichen?**

- Durch zivilen Ungehorsam. Unser Weg muss ohne Gewalt sein. Aber wir müssen dazu bereit sein, überall, wo die Menschenrechte missachtet werden, Widerstand zu leisten. Schauen Sie, mich hat ein Gericht wegen Aktivitäten gegen den islamischen Staat zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil heißt zugleich, dass ich bis zu meinem Lebensende Schreibverbot habe und auch meine Meinung nicht öffentlich äußern darf. Aber ich werde mich, wie Sie sehen, selbstverständlich nicht daran halten. Damit riskiere ich, dass ich wieder ins Gefängnis geworfen werde. Dieses Risiko muss man eingehen. Je mehr Menschen dies tun, desto schneller erreichen wir unser Ziel.

- **Das ist ein langer Weg, denn nicht jeder ist wie Sie bereit, seine Freiheit und gar sein Leben zu riskieren.**

- Nein, ich will es nicht dem Zufall überlassen. Selbstverständlich müssen wir den Widerstand organisieren. Wir werden eine Front der Demokraten bilden, an der möglichst alle Persönlichkeiten, die das Vertrauen des Volkes genießen, teilnehmen sollen. Diese Front wird den zivilen Ungehorsam auf breiter Ebene organisieren und Schritt für Schritt verstärken.

- **Ist dieser Plan in Anbetracht der realen Machtverhältnisse nicht utopisch? Im Augenblick jedenfalls sitzen Ahmadinedschad und die Radikalislamisten, die die Macht monopolisiert haben, fest im Sattel. Stimmen Sie mit mir darin überein, dass unser Land sowohl innen- als auch außenpolitisch von großen Gefahren bedroht wird?**

- Das Machtmonopol der Radikalislamisten hat den Vorteil, dass der wahre Charakter des Gottesstaates für alle sichtbar wird. Das Regime präsentiert jetzt sein letztes Aufgebot. Aber im Iran herrscht Chaos. Mit Populismus allein lässt sich ein Land nicht regieren. Die Regierung hat dem Volk soziale Gerechtigkeit versprochen. Herausgekommen ist eine massive politische Unterdrückung, ohne dass es dem Volk um einen Deut besser geht. Wir sind Zeuge massiver Unruhen in den Provinzen. Und außenpolitisch gerät das Regime immer weiter in die Isolation. Heute ist die internationale Gemeinschaft gegen uns. All dies kann sehr gefährlich werden. Die Lage bietet aber auch die Chance zu einer politischen Transformation. Wir müssen der Welt zeigen, dass es im Iran nicht nur eine Stimme gibt, die Stimme der Radikalen, der Terroristen, sondern auch viele andere Stimmen, die nach Frieden und Freiheit rufen. Leider werden diese Stimmen vor allem im Westen kaum wahrgenommen. Ich meine nicht von den Regierungen, sondern von der Zivilgesellschaft. Die Welt soll wissen, dass wir nicht die Atombombe wollen, sondern die weltweite Abrüstung, dass wir Krieg und Terror zutiefst verabscheuen. Sie sollte aber auch wissen, dass Kriege und Terror nur dann beseitigt werden, wenn die Kluft zwischen Norden und Süden beseitigt wird, wenn die permanenten Demütigungen und Erniedrigungen, die nur Hass- und Rachegefühle erzeugen, aufhören, wenn die Lebensbedingungen und die politischen Verhältnisse sich ändern.

- **Hat die Politik des Westens zu dieser Misere geführt?**

- Ich bin gegen die eindimensionale Betrachtung des Westens ebenso wie ich die Theorie des Imperialismus ablehne. Der Westen hat doch auch die Moderne hervorgebracht, die kritische Vernunft, aus der Demokratie und Menschenrechte hervorgegangen sind. Ich stimme mit Habermas überein, dass dieser Prozess fortgesetzt werden muss. Wir müssen den Westen, auch die USA, differenziert betrachten und die großen Kulturen, die hier entstanden sind, von der Außenpolitik westlicher Staaten trennen. Ich fühle mich dieser Kultur, diesen Errungenschaften zutiefst verbunden. Wir müssen zu westlichen Zivilgesellschaften enge Beziehungen anknüpfen. Das alles ist unabhängig von der Außenpolitik der USA, die mit Gewalt und Krieg angeblich un-



sere Länder demokratisieren möchte. Wir müssen diese Politik scharf kritisieren. Für mich besteht zwischen Guantanamo und dem Teheraner Evin-Gefängnis kein Unterschied. Ich bin nicht gegen den Westen, wohl aber gegen die Verletzung von Menschenrechten. Ebenso verurteile ich jede Form der Dämonisierung des Islam, der Gleichsetzung des Islam mit Terrorismus und Gewalt. Warum schaut man immer nur auf die Terroristen, die eine kleine Minderheit darstellen? Warum wird die überwiegende Mehrheit der Muslime, die nach Frieden und Freiheit ruft, ignoriert? Das schafft Unfrieden, Feindschaft und Hass.

- Soll sich Ihrer Meinung nach der Westen in iranische Angelegenheiten einmischen?

- Alle Länder müssen sich überall dort einmischen, wo Menschenrechte verletzt werden. Wenn ein Mann seine Frau schlägt, kann man dies nicht als seine Privatangelegenheit betrachten, genauso wenig wie man Unterdrückung, Folter und Hinrichtung als eine nationale Angelegenheit betrachten darf, in die sich niemand einmischen soll. Was ich natürlich grundsätzlich ablehne, ist eine militärische Intervention, sind Sanktionen. Das Problem ist, dass es westlichen Regierungen nicht um Menschenrechte und Demokratie geht. Ausschlaggebend für sie sind ihre ökonomischen Interessen. Wenn sie sich zum Beispiel jetzt mit dem Regime in Teheran einigen könnten, wären sie bereit, dafür die Menschenrechte im Iran zu opfern. Deutschland zum Beispiel gehört zu den wichtigsten Handelspartnern Irans und hat sich oft bereit gezeigt, die Augen vor Verletzungen der Menschenrechte zu verschließen. Deswegen können westliche Regierungen nicht unsere Ansprechpartner sein. Unser Appell richtet sich an die Zivilgesellschaften.

- Wie entwickelt ist die iranische Zivilgesellschaft, wohin tendieren die Intellektuellen?

- Es gibt im Iran eine sehr weit entwickelte Zivilgesellschaft und eine breite Schicht von Intellektuellen. Zum ersten Mal in unserer Geschichte sind sich diese Intellektuellen darin einig, dass wir nur in einer Demokratie unsere Probleme lösen können. Ein gutes Zeichen ist auch, dass die meisten Intellektuellen gegen Ideologien immun sind und sich auf Menschenrechte

konzentrieren. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die Demokratisierung der Gesellschaft. Unser Hauptproblem liegt darin, dass wir nicht organisiert sind, dass es keine Führung gibt, die eine allgemeine Bewegung ins Leben rufen könnte.

- Sind Sie bereit die Führung zu übernehmen?

- Ich kenne meine Grenzen und bin für solche Aufgaben nicht geeignet. Außerdem kann man nicht sich selbst zum Führer einer Bewegung ernennen. Das müssen andere tun. Ich habe das Problem, dass selbst meine Freunde meine Vorgehensweise kritisieren. Selbst meine Frau und meine beiden Töchter würden gegen mich stimmen. Was ich trotzdem gerade versuche, ist, viele Menschen, die in der Bevölkerung großes Vertrauen genießen, zusammenzuführen und ihnen klar zu machen, dass wir gemeinsam vorgehen müssen. Die können dann unter sich ihre Führung wählen. Diese Führung würde international im Namen des iranischen Volkes auftreten.

- Wie gehen Sie jetzt konkret vor?

- Ich versuche jetzt die iranische Opposition durch konkrete Forderungen an das Regime zu mobilisieren. Zum Beispiel haben wir das Regime aufgefordert, innerhalb der nächsten zehn Tage drei politische Gefangene, den Gewerkschaftsvertreter Ossanlu, den Intellektuelle Djahanbeglu und den Aktivist der Studentenbewegung Mussavi Choiniha, frei zu lassen. Sollte das Regime unserer Forderung nicht nachkommen, werden wir vom 15. bis 17. Juli weltweit einen Hungerstreik durchführen. Ich selbst werde vor dem Gebäude der UNO in New York streiken.

- Haben Sie vor, in den Iran zurück zu kehren?

- Selbstverständlich werde ich zurückkehren.

- Riskieren Sie nicht erneut ins Gefängnis gesteckt zu werden?

- Das ist das Risiko, von dem ich sprach. Wir müssen solche Risiken auf uns nehmen, sonst kommen wir nicht weiter.



Spionagevorwurf an Djahanbeglu

Irans Geheimdienstchef Gholamhussein Mohseni Ejechi hat dem iranischen Akademiker Ramin Djahandeiglu Spionagetätigkeit für die USA vorgeworfen. „Djahandeiglu ist eines jener Elemente, die im Zusammenhang mit den amerikanischen Versuchen, in Iran eine sanfte Revolution anzuzetteln, verhaftet wurden“, sagte Ejechi der Nachrichtenagentur ISNA.

Djahanbeglu, ein international bekannter und renommierter Akademiker, der nachweislich politisch nie engagiert war, wurde am 27. April, als er über Wien nach Budapest fliegen wollte, auf dem Flughafen Teheran festgenommen. Seither ist er in Haft.

Kritik an Streitkräften wird bestraft

Der Medienbeauftragte der iranische Streitkräfte, General Alireza Afschar, sagte: „Gemäß einem Beschluss des nationalen Sicherheitsrats sind wir verpflichtet, jedes schuldhafte Verhalten der Medien, das zur Schwächung der Streitkräfte führt, gerichtlich zu verfolgen, selbst dann, wenn es sich um eine ungewollte Unachtsamkeit handeln sollte.“

Afschar begründete die Strafanzeige seiner Behörde gegen die Internet-Zeitung „Farda“ damit, dass die Zeitung die Vermutung geäußert habe, der Oberkommandierende der Streitkräfte solle zurücktreten. Sie habe auch Namen von möglichen Nachfolgern genannt. Die Verbreitung solcher Gerüchte, insbesondere in einer Zeit, in der das Land von außen bedroht werde, könne unter keinen Umständen geduldet werden, sagte Afschar. Die Verhaftung des Chefredakteurs der Zeitung, Shokuhin, sei auf Anordnung der Justiz erfolgt. Seine Behörde werde den Fall begleiten und dafür sorgen, dass die Beschuldigten angemessen bestraft werden.

Die Äußerungen des Generals machen die Einschränkungen deutlich, die seit der Machtübernahme der Militärs und Geheimdienste Journalisten auferlegt werden. „Farda“ hatte lediglich von einem Gerücht gesprochen, das in Umlauf war. Wie die Wiedergabe eines solchen Gerüchts zur Schwächung der iranischen Streitkräfte führen könnte, wird vermutlich nur der Medienbeauftragte der iranischen Streitkräfte begründen können.

II. Wirtschaft

Weitere vier Milliarden Dollar für den Benzin-Import

Während sich Regierungschef Ahmadinedschad entschlossen zeigte, den Inlandsbedarf an Benzin durch die Inlandsproduktion zu decken, gab ein Parlamentsabgeordneter bekannt, dass die Regierung die Absicht habe, weitere vier Milliarden Dollar aus den Devisen-Reserven für den Import von Benzin auszugeben.

Kamal Daneschiar, Vorsitzender des Energieausschusses im iranischen Parlament, gab der Presse bekannt, dass die Regierung demnächst dem Parlament einen Antrag zur Einfuhr von Benzin vorlegen werde. Dabei hatte vor etwa einem Monat Ölminister Kazem Wasiri Hamaneh erklärt, im Regierungshaushalt seien für das zweite Halbjahr (vom September bis März) keine Gelder für die Einfuhr von Benzin vorgesehen. Aus diesem Grund werde das im Inland produzierte Benzin rationiert.

Die Kapazität der Raffinerien zur Deckung des Inlandsbedarfs reicht nicht aus. Bisher sah sich der Staat gezwungen einen Teil des Inlandsbedarfs aus dem Ausland einzuführen. Das eingeführte Benzin, das etwa 40 Prozent des Gesamtbedarfs ausmacht, wurde jedoch subventioniert und zum selben Preis wie das Inlandsbenzin an die Verbraucher verkauft. Da die Subventionierung den Staat jährlich mehrere Milliarden kostete, sollte nun der Import eingestellt und das im Inland produzierte Benzin rationiert werden.

Daneschiar sagte, mit der von der Regierung beantragten Aufstockung des Haushalts werde die Rationierung vorerst hinfällig. Ahmadinedschad hatte angekündigt, mit der Einstellung der Benzinsubvention werde das gesparte Geld für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und den Ausbau der Infrastruktur verwendet werden. Politische Beobachter sind der Meinung, dass die Kursänderung der Regierung aus Furcht vor sozialen Unruhen erfolgt ist. Eine Rationierung des Benzins, das in Iran äußerst billig ist – ein Liter Benzin kostet umgerechnet acht Cent – hätte Millionen Menschen finanziell hart getroffen.

Irans Gasexport nach Indien stößt auf Schwierigkeiten

Irans Außenminister Manuchehr Mottaki sagte in einem Interview mit dem Ersten Programm des indischen Fernsehens, die Verhandlungen über den Bau einer Gaspipeline von Iran über Pakistan nach Indien seien auf Schwierigkeiten gestoßen. Als Hauptgrund nannte er Differenzen über den Preis.

Indien, das ein Wirtschaftswachstum von jährlich acht Prozent aufweist, ist auf Energieimporte angewiesen. Nach Einschätzung von Experten wird sich der Energiebedarf des Landes bis 2020 verdoppeln. Wenn man bedenkt, dass Indien 70 Prozent seines Energiebedarfs aus dem Ausland beziehen muss, wird verständlich, warum der Preis für dieses nach China bevölkerungsreichste Land eine große Rolle spielt.

Auf der anderen Seite zählt Iran zu jenen Ländern, deren Wirtschaft in sehr hohem Maße vom Verkauf des Öls abhängig ist und das daher sein Öl und Gas so teuer wie möglich verkaufen möchte.

Aber obgleich Mottaki die Bedeutung des Preises hervorhebt, gibt es auch andere wichtige Gründe, die die Verhandlungen ins Stocken gebracht haben. Zu erwähnen sind einmal die Beziehungen Indiens zu den USA, die jedwede Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Iran und Indien verhindern wollen und zum anderen die problematischen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan. Der Umstand, dass die geplante Gaspipeline etwa 800 Kilometer durch pakistanisches Territorium laufen soll, ist aus indischer Sicht ein Unsicherheitsfaktor.

Anfang des Jahres haben die USA mit Indien nach Monate langen Verhandlungen ein Nuklearabkommen geschlossen, das beim Besuch des US-Präsidenten Bush im vergangenen März unterzeichnet wurde. Dieses Abkommen verschafft Indien den Zugang zur US-Nukleartechnologie. Im Gegenzug hat sich Indien bereiterklärt, der Internationalen Atombehörde (IAEA) den Zugang zu dem Teil seiner Atomindustrie, der friedlichen Zwecken dient, zu gestatten. Sollte dieses Abkommen tatsächlich vom US-Kongress gebilligt werden, werden die Gesetze vom 1974, die nach dem Bau der Atombombe in Indien jegliche Zusammenarbeit auf atomarem Gebiet zwischen den USA und In-

dien ausschlossen, hinfällig. Es war kein Zufall, dass Indien im Zuge der Verhandlungen mit den USA überraschend der Resolution der IAEA gegen das iranische Atomprogramm zustimmte. Zwar wurde diese Zustimmung offiziell damit begründet, dass man „größere Auseinandersetzungen vermeiden wollte“. Aber politische Beobachter waren sich einig, dass dies ein Zugeständnis an die USA war. Zur gleichen Zeit stellten die USA Indien in Aussicht, seinen Energiebedarf durch die im Bau befindliche Pipeline von Mittelasien über Afghanistan decken zu können.

Für manche Politiker in Neu Delhi spielt das Problem mit Pakistan eine noch größere Rolle. Zwar hat Pakistan immer wieder die Sicherheit der Pipeline zugesichert. Doch die Befürchtungen, dass ethnische und religiöse Konflikte offen ausbrechen, konnten damit nicht ausgeräumt werden.

In Anbetracht dieser Aspekte scheint das Pipeline-Projekt, dessen Realisierung der iranische Außenminister nicht ausschließen will, vorläufig keine Aussicht auf Erfolg zu haben, zumindest solange nicht, solange sich die Beziehungen zwischen Iran und den USA nicht gebessert haben.



III. Außenpolitik

Ahmadinedschad warnt Israel

Die Gerüchte um einen möglichen Angriff Israels auf Syrien hat Iran, den engsten Verbündeten Syriens, auf den Plan gerufen. Irans Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad warnte, sollte Israel militärisch gegen Syrien vorgehen, werde Iran dies als einen Angriff auf die gesamte islamische Welt auffassen, was eine „fürchterliche Antwort“ zur Folge haben würde. Der iranische Fernsehsender Chabar berichtete weiter, die islamische Welt würde nicht nur Israel, sondern auch seine Verbündeten für die „entsetzlichen Verbrechen“ Israels an „unschuldigen Menschen“ verantwortlich machen.

Ahmadinedschad habe, so der Fernsehsender, in einem Telefongespräch mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad die israelischen Angriffe auf den Libanon „wahnsinnig“ genannt. Die Offensive spiegle „Verzweiflung und Ausmaß der Schwäche eines Regimes, das am Rande des Zusammenbruchs“ stehe. Der iranischen Nachrichtenagentur IRNA zufolge sagte Assad, sein Land würde im Falle eines Angriffs gegen den Aggressor vorgehen.

Auch der Sprecher des Außenministeriums, Hamid Resa Assefi, hat Israel für den Fall eines Angriffs auf Syrien mit „unvorstellbaren Verlusten“ bedroht. „Wir hoffen, dass die zionistische Besatzungsmacht nicht den Fehler begehen wird, Syrien anzugreifen“, sagte Assefi auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz in Teheran. Denn eine Ausweitung des Konflikts werde für Israel unabsehbare Folgen haben. Iran stehe „an der Seite des syrischen Volkes“, fügte der Sprecher hinzu.

Bei einem Besuch von Irans Außenminister Manuchehr Mottaki in Damaskus am 17. Juli haben Iran und Syrien einmütig die Luftangriffe auf Libanon verurteilt. Zugleich sicherten beide Seiten dem „libanesischen und palästinensischen Widerstand“ ihre volle Unterstützung zu, meldete die syrische Nachrichtenagentur Sana am 17. Juli. Mottaki habe einen Brief des iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad an seinen syrischen Kollegen Baschar al-Assad überreicht.

Israel mit Hitler verglichen

Staatspräsident Ahmadinedschad hat die israelische Führung mit Adolf Hitler verglichen. „Ihre Methoden ähneln denen Hitlers. Wenn Hitler einen Angriff begann, fand er auch einen Vorwand“, sagte er. „Die Zionisten sagen, Opfer Hitlers zu sein, aber sie sind von derselben Natur.“ Ahmadinedschad verurteilte die Zerstörung von Brücken und Energieanlagen durch die israelische Armee im Libanon. Israel müsse wissen, dass sein Verhalten den „Zorn der Völker“ explodieren lassen werde. Dies werde sich nicht auf die Grenzen der Nahost-Region beschränken.

Ahmadinedschad warf auch dem Westen vor, Israel zu unterstützen und forderte, nicht länger „ein Regime, das in dieser Region unerwünscht ist“, zu unterstützen. „Wir verurteilen entschieden die Angriffe der zionistischen Besatzungsmacht auf Libanon“, sagte auch der iranische Außenminister Manuchehr Mottaki. Alle Friedenspläne im Nahen Osten seien gescheitert. Es könne keine Gerechtigkeit ohne Rücksicht auf den Willen „der wirklichen Bewohner Palästinas“ erreicht werden.

Prodi bat Iran um Hilfe zur Entspannung der Nahost-Krise

Den Angaben eines italienischen Regierungsvertreters zufolge hat der italienische Ministerpräsident Romano Prodi Iran gebeten, bei den Bemühungen um eine Entspannung der Nahost-Krise mit zu helfen. Der Ministerpräsident habe am Rande des G-8-Gipfels im russischen Stankt Petersburg diesbezüglich mit dem iranischen Chefunterhändler bei den Atomverhandlungen, Ali Laridjani, ein längeres Telefongespräch geführt und ihn um eine aktive Rolle der Teheraner Regierung bei der Lösung des Konflikts zwischen Israel und der libanesischen Hisbollah-Miliz gebeten. Laridjani habe eine Antwort für die nächsten Tage angekündigt.

Differenzen zwischen Rice und Lawrow über die Rolle Irans und Syriens bei der Nahost-Krise

Die offenbar bestehenden Differenzen zwischen US-Außenministerin Condoleezza Rice und dem russischen Außenminister Sergej Lawrow in der Bewertung der Rolle Irans und Syriens bei der Nahost-Krise sind nun öffentlich gewor-



den. Lawrow forderte die USA in einem CNN-Interview am 16. Juli auf, Beweise für ihre Vorwürfe an Syrien und Iran vorzulegen. „Wir haben die Spekulationen vernommen, dass Syrien und Iran in Terrorakte verwickelt sein sollen, aber wir haben bislang keine Beweise gesehen“, sagte Lawrow. Russlands Regierung wäre „die letzte, die Fakten über eine solche Verwicklung ignorieren würde“. „Wir wollen jetzt die Fakten sehen.“

Demgegenüber bekräftigte Rice ihre Haltung, wonach Syrien und Iran direkt an Aktionen der Hisbollah gegen Israel beteiligt sein sollen. „Ich sehe absolut, dass Syrien und Iran hier eine Rolle spielen, und sie versuchen nicht einmal, das zu verbergen“, sagte sie im US-Sender CBS. Syrien biete radikalislamischen Gruppen Unterschlupf und Iran finanziere sie.

Außenministertreffen Iraks und seiner Nachbarstaaten in Teheran

Das zweitägige Außenministertreffen Iraks und seiner Nachbarstaaten in Teheran ging am 9. Juli zu Ende. In der gemeinsamen Abschlusserklärung wird die Notwendigkeit betont, der irakischen Regierung bei der Wiederherstellung der Stabilität und Sicherheit des Landes zu helfen. Ferner bekräftigten die Nachbarstaaten ihre Zustimmung zu dem Ende Juni vom irakischen Ministerpräsidenten Nuri Maleki angekündigten Plan, eine nationale Versöhnung herbeizuführen.

Die Außenminister plädierten weiterhin dafür, der Anwesenheit fremder Mächte im Irak ein Ende zu setzen und die Staatsmacht vollständig auf die vom irakischen Volk gewählte Regierung zu übertragen.

Irans Außenminister Manuchehr Mottaki sagte bei der Verabschiedung der Gäste, das Ziel des Treffens sei gewesen, die gegenwärtige Situation im Irak zu analysieren, der gewählten irakische Regierung bei der Bewältigung der schweren Aufgaben zu helfen, die Stabilität und Sicherheit Iraks herzustellen und gemeinsame Richtlinien für die Region auszuarbeiten.

Eröffnet wurde die Konferenz durch den iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad. An der Konferenz hatten u. a. die Außenminister Iraks, Ägyptens, Bahreins, der Vorsitzende der

Konferenz Islamischer Staaten und der Irak-Sonderbeauftragte der UNO teilgenommen.

Iran stimmt Militäreinsatz der Türkei im Irak zu

Iran hat seine Zustimmung zu einem möglichen Militäreinsatz der Türkei im Nordirak zugestimmt. Der iranische Botschafter in Ankara, Firuz Dolatabadi, sagte einem Bericht der türkischen Zeitung „Zaman“ vom 19. Juli zufolge, sein Land sei bereit, den Kampf des Nachbarn Türkei gegen Terroristen zu unterstützen. Sollte die Türkei in den Norden Iraks einmarschieren, um gegen die Stützpunkte der Kurdenorganisation PKK vorzugehen, werde dies die iranische Regierung nicht beunruhigen. Iranische Streitkräfte hatten im Frühjahr Stellungen der PKK im Irak beschossen und damit eine Großoffensive der türkischen Armee gegen kurdische Rebellen unterstützt.

Dolatabadi warf den USA vor, mit zweierlei Maß zu messen, denn zum einen unterstütze Washington die israelische Invasion in Libanon und zum anderen würden die USA eine türkische Intervention in den Irak ablehnen. Laut „Zaman“ warten rund 150 000 türkische Soldaten auf den Befehl zum Einmarsch in den Irak. Die Einheiten im Grenzgebiet hätten Urlaubssperre bekommen. Bei den jüngsten Angriffen hätten Kampfflugzeuge und Hubschrauber Stellungen der PKK in den Bergen von Südostanatolien bombardiert.

Drahtzieher des Mykonos-Anschlags soll 24 Jahre in Haft bleiben

Der Drahtzieher des Terroranschlags auf das Berliner Restaurant „Mykonos“, Kasem Darabi, soll nach dem Willen der deutschen Bundesanwaltschaft erst nach 24 Jahren aus dem Gefängnis entlassen werden. Wie das Magazin „Focus“ am 16. Juli berichtete, beantragte die Behörde wegen der im Urteil festgestellten „besonderen Schwere der Schuld“, dass der iranische Geheimdienstmitarbeiter nicht nach 15 Jahren freikommen, sondern auch die restlichen neun Jahre Haft absitzen soll. Bei dem Anschlag auf das griechische Restaurant im Berliner Stadtteil Wilmersdorf waren am 17. September 1992 drei Vertreter der oppositionellen Demokratischen Partei des iranischen Kurdistan und ein iranischer Dissident erschossen worden.

Der Prozess um den Terroranschlag hatte weltweites Aufsehen erregt, weil das Berliner Kammergericht in seinem Urteil vom April 1997 erstmals die iranische Staatsführung, namentlich Revolutionsführer Chamenei, den damaligen Staatspräsidenten Haschemi Rafsandjani und Geheimdienstminister Fallahian des Staatsterrorismus' gegen Dissidenten bezichtigt hatte. Insgesamt wurden wegen des Anschlags vier Angeklagte verurteilt, von denen der Iraner Darabi und der Libanese Abbas Rhajel lebenslange Haft erhielten. Das Urteil hatte die Beziehungen zwischen Deutschland und Iran schwer belastet.

Die iranische Regierung hatte immer wieder auf die Freilassung Darabis gedrungen. Im September 2007 könnte er entlassen werden, weil er dann 15 Jahre Haft verbüßt haben würde. Über den Antrag der Bundesanwaltschaft entscheidet nun laut „Focus“ das Berliner Landgericht.

Inhaftierter Deutscher kommt nicht frei

Der in Iran inhaftierte Deutsche Donald Klein kann nach Angaben der Teheraner Justiz nicht auf eine baldige Entlassung hoffen. Gegen Klein und seinen französischen Freund Stéphane Lherbier gebe es neue Anhaltspunkte, sagte der iranische Justizminister Karimi Rad auf einer Pressekonferenz am 11. Juli in Teheran. „Wegen der Ausrüstungen, die sie bei der Verhaftung bei sich hatten, wird es wahrscheinlich zu einem weiteren Prozess kommen. Jedenfalls werden sie sobald nicht freikommen.“

Frankreich forderte erneut die Freilassung der beiden Männer und will „zusammen mit Deutschland die Bemühungen darum fortsetzen“. Das Außenministerium habe die Erklärung des iranischen Justizministeriums zur Kenntnis genommen und prüfe „die genaue Tragweite und Bedeutung“, sagte Sprecher Jean-Baptiste Mattéi in Paris.

Klein stammt aus der Pfalz. Das Boot der beiden Hochseeangler war am 29. November 2005 in der Meerenge von Hormuz von iranischen Schiffen aufgebracht und die Männer waren später zu 18 Monaten Haft verurteilt worden. Das Urteil wegen illegalen Eindringens in iranische Hoheitsgewässer war in zweiter Instanz bestätigt worden. Die Männer hatten sich in der Nähe der Insel

Abu Mussa, die ein strategischer Militärstützpunkt sein soll, aufgehalten. „Sie sind beide zu exzessiv schweren Strafen verurteilt worden“, fügte Mattéi dazu an. „was ihnen vorgeworfen wird, das hätte in den meisten Ländern schlimmstenfalls zu einer simplen Abschiebung geführt.“

Indes berichtete das Nachrichtenmagazin „Focus“, Klein habe mit Selbstmord gedroht, sollte er nicht bald freikommen. Der 52-jährige, der sich seit acht Monaten in Haft befindet, habe seine Frau und Vertreter der deutschen Botschaft über seine Pläne informiert. Seine physische Verfassung habe sich in den vergangenen Monaten drastisch verschlechtert. Die Ehefrau sagte dem Magazin, sie haben ihren Mann in etlichen Telefonaten angefleht, sich nicht umzubringen. Ihr Mann habe Probleme mit der Bauchspeicheldrüse und wisse, „wenn er mehrere Tage nichts isst, dann versagt die Bauchspeicheldrüse“. Einem von der Botschaft hinzugezogenen Arzt verweigerte er dem Bericht zufolge den Zutritt. „Wenn ich einen Mediziner treffe, dann nur in Deutschland“ habe er gesagt.